

[www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion)



1. Reihe von links: Kornelia Wehlan (Landrätin), Maritta Böttcher, Jürgen Akuloff, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Kirsten Gurske (1. Beigeordnete),  
2. Reihe von rechts: Peter Dunkel, Dirk Hohlfeld, Dr. Irene Pacholik, Mandy Werner, Roland Scharp, Jörg-Martin Bächmann, Felix Thier

## MIT DEM GESICHT ZUM VOLKE

Dieses Motto, aus der nicaraguanschen Revolution einst in die Endjahre der DDR importiert, als demokratische Forderung den Beginn der »Wende« prägend und nicht zuletzt von Gerhard Schöne musikalisch umgesetzt, schien unausgesprochen das Motto des Forums Mitte November zu sein, auf dem unsere Landrätin Kornelia Wehlan in Blankenfelde Bilanz ihrer ersten Amtshälfte zog. Ruhig und besonnen legte unsere Genossin Konni Rechenschaft im besten Wortsinne ab. Im Herbst 2013 durch den Kreistag für viele überraschend in dieses verantwortungsvolle Amt gewählt, bot dieses „Bergfest“ eine gute Gelegenheit für Rückschau und Ausblick. Die studierte Agraringenieurin und ehemalige Landtagsabgeordnete übernahm keinesfalls ein gut bestelltes Haus: Eine monatelange Hängepartie nach dem nicht ganz freiwilligen Ausscheiden ihres Vorgängers führte dazu, dass es in der Motivation der Mitarbeiterschaft zunehmend »Luft nach oben« gab und der Kreis befand sich seit 2004 permanent in der Haushaltssicherung. So stellte Konni sich (und »ihrer«

Verwaltung) nach ernüchternder Analyse folgende Ziele:

- gute Lebenschancen im Teltow-Fläming,
- Haushaltskonsolidierung,
- neue Qualität im Verwaltungshandeln,
- neues Miteinander des Kreises mit den Städten und Gemeinden,
- wirtschaftliche Potentiale nutzen und stärken.

Inzwischen gibt es ein wirksames Personalentwicklungskonzept für eine bürgerorientierte Verwaltung. Und der Kreis unterliegt in diesem Jahr erstmals nicht mehr einer Haushaltssicherung durch das Innenministerium – ein Kraftakt, der die finanziellen Spielräume von Zwängen befreit, aber längst nicht alle Blütenträume reifen lässt.

Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen des Kreises wurde intensiviert und zielorientiert gestaltet. All dies wurde auch möglich durch eine Atmosphäre im Kreistag, die durch eine sachbezogene Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. So nimmt die Landrätin an fast allen Ausschussberatungen teil, was durchaus ungewöhnlich sei.

Auf diesem trotz Terminkonkurrenz gut besuchten Forum stellte Konni auch klar:

Der Kreis hat Entwicklungspotential, Norden und Süden haben ihre spezifischen Stärken (und auch Schwächen), die es zu berücksichtigen gilt. Die »Fläming-Skate« sei ein Beispiel für visionäre Investitionen (auch ihres Vorgängers), Gleiches gilt für verschiedene Gewerbegebiete. Begrüßt wurde die Absage der Verwaltungsstrukturreform durch das Land, gleichzeitig aber auch auf künftig notwendige grundlegende Änderungen in der gemeinsamen Arbeit verwiesen: Digitalisierung und Demographie werden Veränderungen erzwingen, auf die man vorbereitet sein sollte, um sie meistern zu können. Wir fühlten uns an das September-Forum mit Anke Domscheit-Berg (jetzt MdB) erinnert. Der Verkehr auf Straße und Schiene ist wichtig für die Attraktivität des Kreises. So steht der Lückenschluss der B101 an und die Forderung »S-Bahn-Verlängerung bis Rangsdorf« wird massiv unterstützt.

Der oben genannte Anspruch zeigte sich auch in den Antworten auf Fra-

gen: Das konkret Angefragte in das Feld der Möglichkeiten einordnend, nahm sich unser Gast der aufgeworfenen Probleme an. So wurden z. B. die Möglichkeiten der Tagespflege für unsere Jüngsten kritisch diskutiert, die Verabschiedung einer überarbeiteten diesbezüglichen Richtlinie angemahnt und der Landrätin eine Petition und ein Elternbrief übergeben.

Alles in allem ein anregender Abend außerhalb jeglicher Wahlkämpfe, zu dem auch Bürgermeister Baier begrüßt wurde.

Der Schlussapplaus nach der sehr persönlichen Würdigung durch die langjährige Gemeindevertreterin Dr. Heidrun Nobis zeigte, dass die Gäste des Abends der Landrätin für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit weiterhin Gesundheit und Nervenkraft, gute Ideen und Rückhalt im Kreistag wünschen. Der Autor denkt, um Alltagsverbundenheit und Bodenhaftung dieser klug handelnden Landrätin brauchen wir uns nicht zu sorgen.

Ziele, Bilanz und Ausblick hat die Landrätin nach diesem Abend auch auf ihrer Homepage [www.konni-wehlan.de](http://www.konni-wehlan.de) veröffentlicht.

**Dietrich Bicher**, Dahlewitz

# JAHRESRÜCKBLICK MIT ZUVERSICHT



vorweihnachtliche Bescherung bei Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming

Wenn Kreisvorstand und Kreistagsfraktion in Klausur gehen, steht die Verbesserung des Zusammenwirkens im Fokus.

Die Teilnahme unserer Landrätin hat den Meinungsaustausch auf die wesentlichen gemeinsamen Ziele gelenkt. Als bedeutendes Ergebnis der Arbeit des Kreistags wurde die Fortsetzung seiner Beschlussfähigkeit ohne Koalitionsbildung herausgestellt. Die politische Kooperation mit den Fraktionen von CDU und SPD soll auch in der zweiten Hälfte der Legislatur fortgesetzt werden. Lobend wurde dazu festgestellt, dass sich die Verwaltung in der Beschlussvorbereitung durch Informationen in den Ausschüssen deutlich gesteigert hat. Das Verhältnis Verwaltung und Kreistag wird von gelebter Transparenz bestimmt. Politische Einflussnahme auf Mehrheiten aufgrund von Koalitionsvereinbarungen sind in Teltow-Fläming Geschichte, die Sachthemen stehen im Mittelpunkt. Was kein Automatismus ist, wie die lebhaftige Diskussion dazu belegte. Auch Vorgängerversäumnisse in der Kreisverwaltung und selbsternannte Führungsansprüche kamen zur Sprache.

Zu unseren Erfolgen zählt ohne Zweifel das politisch geschlossene Auftreten zur Beibehaltung der Eigenständigkeit unseres Landkreises. Bei aller Freude darüber, verkennen wir nicht die Probleme aus den Konsequenzen der veränderten Rahmenbedingungen in Brandenburg sowie in der Gesellschaft. Das Ehrenamt ist mit Blick auf die nächste Wahlperiode unter wesentlich besseren Bedingungen auch für die Abgeordnetentätigkeit im Kreis und in den Kommunen zu gestalten. Zum sogenannten Demokratiepaket ist die Diskussion längst nicht abgeschlossen. Auch Wahlergebnisse bei den Bürgermeisterwahlen müssen uns zu neuen Erkenntnissen bringen. Die gesellschaftliche Situation des Umbruchs beeinflusst unser Wirken für und in der Partei. Die innere Verfasstheit unserer Regionalstruktur zwingt zum Nachdenken. Spannend sind auch Wortmeldungen zur Rolle von Kampagnen auf Politikgestaltung. In der Klausur und in weiteren Veranstaltungen haben wir uns auch mit Erwartungshaltungen an und bei der Amtsausübung verständigt. Eine nicht ganz neue Frage nach dem Motto, kann ein linker Finanzminis-

ter mehr für die Finanzausstattung der Kommunen festlegen u. ä. Hierzu besteht, ähnlich auch zu Zuständigkeiten von Bürgermeistern, noch Verständigungsbedarf.

Selbstverständlich stand auch die öffentliche Wahrnehmung unserer Fraktionsarbeit in der Kritik. Weniger der Form nach, denn Felix Thier gewährleistet mit dem Newsletter und den Internetseiten der Fraktion umfassende Nachrichten. Nicht zufrieden sind wir mit der Resonanz zu unseren Bemühungen in den Informationstausch zu treten. Was übrigens auch auf diese Zeitung zutrifft. Leserbriefe sind die Seltenheit, Anfragen an die Fraktionsmitglieder gibt es auch zu wenig. Wir wollen und brauchen mehr Themennähe zu den Alltagsproblemen in den Wahlkreisen, besonders auch im ländlichen Raum. Mobilität, Versorgungs- und Dienstleistungen sind feste Bestandteile des kreislichen Leitbildes. Die Einflussnahme auf Veränderung der Lebensbedingungen ist durch Kommunikation besser möglich. Deshalb ist der Kontakt der Kreistagsfraktion zu unseren Mandatsträgern in den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Die gemeinsame Klausur hat verdeutlicht, dass der Erfolg unserer Arbeit wesentlich von den politischen Strukturen bestimmt wird. Auf der Jahresabschlussklausur stand auch die Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung am 9. Dezember auf dem Plan. In der Bilanz für die Wahlperiode wurden folgende Schwerpunkte benannt und diskutiert.

■ das Wahljahr 2017 mit Bundestagswahl und Bürgermeisterwahlen;

- die Öffentlichkeitsarbeit, wie z. B. Zeitung und Internet;
- die Regionalkonferenzen mit dem Kreisverband LDS;
- jährliche Höhepunkte, wie der FrühLINKSempfang, das Familienfest zum 1. Mai, Osterhasen- und Zuckertütenfest, Frauentagsveranstaltungen in den Regionen oder das Friedensfest in Am Mellensee;
- die thematische Mitgliederversammlung zur Bildungspolitik;
- die Mitgliederentwicklung, insbesondere die Arbeit mit Neumitgliedern;
- die »Vor-Ort-Beratungen« von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion.

Insbesondere die Arbeit an der Basis und mit den kommunalen Vertretungen sehen wir als besonders wichtig an und werden die »Vor-Ort-Beratungen« weiter in den Mittelpunkt stellen.

Ausgehend von unserer Klausur möchten wir nochmals hervorheben, bei allen Gelegenheiten und besonders durch unsere Delegierten zum Landesparteitag im Namen unseres Kreisverbandes in der Diskussion deutlich zu machen, dass der Landesvorstand und vor allem die Landtagsfraktion und unsere MinisterInnen auf die Signale der Basis hören sollten und müssen. Es reicht nicht, sich aufzuregen über »die da oben«, sondern wir sollten ihnen das in der Debatte sagen und Antworten einfordern. Die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen KommunalpolitikerInnen (Landrätin, BürgermeisterInnen, Beigeordnete, AmtsleiterInnen u. a.) ist nicht nur dringend erforderlich, sondern eine unverzichtbare Aufgabe. Die Kommunalpolitik ist das Herzstück unserer Partei.

**Jürgen Akuloff**  
und **Manfred Thier**

## PERSONALENTSCHEIDUNGEN

# NEUES FÜHRUNGSTEAM DER KREISVERWALTUNG

Die umfassende Vorbereitung der Personalentscheidungen durch den Wahlvorbereitungsausschuss des Kreistages ist abgeschlossen. Auf Vorschlag der Landrätin hat der Kreistag am 11. Dezember die Entscheidungen zur Wahl der Ersten Beigeordneten und zwei weiteren Beigeordneten getroffen. Die Erste Beigeordnete, Kirsten Gurske, beendet ihre achtjährige erfolgreiche Amtszeit am 31. Januar 2018. Bereits

im Sommer dieses Jahres hatte der Kreistag den Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle beschlossen. Damit wurde die Voraussetzung ihrer Wiederwahl für die Dauer von acht Jahren erfüllt. Kirsten Gurske wird die Leitung des Dezernates II mit den Fachbereichen Sozialamt, Jugendamt und Gesundheitsamt fortsetzen. Mit ihren umfangreichen Erfahrungen im Landkreis Teltow-Fläming sowie u.

a. als persönliche Referentin des Senators für Wirtschaft, Soziales und Frauen in Berlin hat sich die Diplom-Soziologin viel Anerkennung erarbeitet. Kirsten ist auf Vorschlag unserer Fraktion erstmals 2010 in die Verwaltungsspitze gewählt worden und amtierte auch als Landrätin.

Für die beiden weiteren Beigeordnetenstellen fanden am 24. Oktober die Vorstellungsgespräche im Wahlvor-

bereitungsausschuss statt. Dieser votierte mit sieben von acht Stimmen für Herrn Johannes Ferdinand. Er erfüllt die Anforderungsprofile der Stellenausschreibung und hat im Vorstellungsgespräch selbstsicher seine Eignungsmerkmale als Führungskraft dargestellt.

Als Absolvent der Kölner Universität mit Erfahrungen aus Tätigkeiten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen leitet der gelernte Diplom-

kaufmann die Kämmerei und ist Geschäftsführer der Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft des Landkreises. Herr Ferdinand ist Jahrgang 1961 und wohnt in Luckenwalde.

Frau Dietlind Biesterfeld ist dem Kreistag zur Wahl als Beigeordnete vorgeschlagen worden. In der Stellenausschreibung war die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt gefordert. Im Vorstellungsgespräch überzeugte sie mit fundierten Fachkenntnissen und beschrieb das Verwaltungshandeln als Dienstleistungsaufgabe mit souveränen Vorstellungen ihrer persönlichen Einflussnahme. Mit den beiden juristischen Staatsexamen in den Schwerpunkten Staats- und Verwal-

tungsrecht sowie öffentliches Recht verbunden mit ihrer aktuellen Tätigkeit als Richterin am Amtsgericht Tiergarten in Berlin erfüllt sie die Voraussetzungen als Beigeordnete. Frau Biesterfeld wohnt mit ihrer Familie in Blankenfelde-Mahlow.

### **Wahlverfahren im Kreistag**

Es ist nach der Wahl im Kreistag mit der Mindeststimmenanzahl von 29 Ja-Stimmen eine angemessene Frist vor der Aushändigung der Ernennungsurkunden an die Gewählten abzuwarten. Grund dafür ist die Möglichkeit für die unterlegenden Bewerber den Rechtsweg beschreiten zu können. Es ist vorgesehen, die Ernennungsurkunden am 2. Januar 2018 auszuhändigen. Für die Reihenfolge der allgemeinen



Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (DIE LINKE), Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dietlind Biesterfeld (SPD) und Johannes Ferdinand (CDU) (v.r.n.l.)

Stellvertretung der Landrätin im Fall der Verhinderung der Ersten Beigeordneten übernimmt der Dezernatsbereich III.

**Jürgen Akuloff**, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

### **Abstimmungsergebnisse der Kreistagsitzung:**

Kirsten Gurske: 41 Ja, 10 Nein  
Johannes Ferdinand: 40 Ja, 11 Nein  
Dietlind Biesterfeld: 37 Ja, 14 Nein

## **VERWALTUNGSSTRUKTURREFORM**

# **WIE WEITER NACH DER ABSAGE?**

**Die Kommunalreform wurde in ihrer angedachten Form Anfang November öffentlich für erledigt erklärt. Unser Landesvorsitzender und stellvertretende Ministerpräsident, Christian Görke, sowie Ralf Christoffers als Vorsitzender unserer Landtagsfraktion haben sich dazu erklärt.**

»Veränderungsbedarf bleibt – aber der bislang eingeschlagene Weg ist blockiert.

Demokratie muss ohne Brechstange auskommen und braucht Mehrheiten in Parlament und Gesellschaft. Für das Projekt Verwaltungsstrukturreform in der bislang vorgesehen Form haben wir keine breite Zustimmung im Land erzielen können. Trotz eines mehrjährigen Diskussionsprozesses ist es nicht gelungen, den Zusammenschluss von Landkreisen nachvollziehbar zu begründen.

Notwendige Veränderungen können aber nur gelingen, wenn der Weg von vielen getragen wird. Das war unser Ansatz von Anfang an. Deshalb hatten wir auf einen breiten Dialogprozess gesetzt. Wir müssen nun resümieren: Der Dialog hat die Türen nicht geöffnet, sondern die Fronten massiv verhärtet.

Deswegen haben beide Koalitionspartner die Entscheidung getroffen, die Gesetzentwürfe zur Verwaltungsstrukturreform zurückzuziehen.

Das heißt jedoch nicht, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten. Unstrittig ist sowohl im Ergebnis der Enquete-Kommission

der vergangenen Legislaturperiode als auch des Diskussionsprozesses in der jetzigen, dass es einen Veränderungsbedarf gibt. Das wurde auch an der Vielzahl von Vorschlägen deutlich, die aus den Kreistagen gekommen sind. Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass entsprechende Elemente des

Projekts umgesetzt werden können. Wir werden weiterhin dafür streiten, sich langfristig auf demografische Veränderungen einzustellen. Wir werden weiterhin dafür streiten, Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert zu machen – ob im Speckgürtel oder in den ländlichen Regionen. Wir werden weiter dafür streiten, einen solidarischen Ausgleich im Land zu erreichen. Deshalb schlagen wir vor:

### **Jetzt investieren!**

Einen Großteil für die Verwaltungsstruktur bestimmten Mittel sollen für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, um u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen im Land Brandenburg weiter voran zu bringen.

### **Zusammenarbeit fördern!**

Verwaltungskooperationen und freiwillige Fusionen werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir bleiben bei Unterstützung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen (Mitverwaltungsmodell, Amtsgemeinde-Modell).

### **Kommunal Finanzen weiter verbessern!**

Wir streben eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Familie an und wollen deshalb die Verbundquote erhöhen, den Soziallastenausgleich werden wir ausbauen. Ein neues Finanzausgleichsgesetz soll das noch in dieser Legislatur sicherstellen.

### **Beim Schuldenabbau helfen!**

Wir stehen zu der Zusage, den kreisfreien Städten bei der Entschuldung zu helfen. Eine Teilschuldung durch das Land ist möglich, wenn die Städte Bereitschaft zu einer Kooperation mit den benachbarten Kreisen in zentralen Bereichen zeigen.

### **Aufgaben übertragen**

Gemäß den Ergebnissen der Enquete-Kommission und des seitherigen Diskussionsprozesses ist zu prüfen, welche weitere Aufgaben auf dem vom Standarderprobungsgesetz eröffneten Weg an die Städte und Gemeinde übertragen werden sollten.

### **Zusagen einhalten!**

Als Begleitmaßnahmen für die Verwaltungsstrukturreform waren Gelder zur Unterstützung überörtlicher Kunst und Kultur für die Oberzentren und auch für die Städte Schwedt und Senftenberg zugesagt worden. An diesen Zusagen wollen wir weiter festhalten. Auch für unsere Initiativen zur Verbesserung der direkten Demokratie und zur Verbesserung der Arbeit kommunaler Abgeordneter werden wir weiter werben.

### **Perspektiven für die Forstwirtschaft**

Wir werden sicherstellen, dass die Gespräche zur Perspektive der Forstwirtschaft mit dem Ziel weitergeführt werden, einen Einstellungskorridor zu sichern und Altersteilzeit einzuführen.

### **Demokratie ausbauen, Ehrenamt stärken**

Wir halten am Demokratiepaket fest und werden die Möglichkeiten direkter Mitbestimmung auf der kommunalen Ebene weiter ausbauen. Wir halten daran fest, dass die Kreistagsfraktionen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit deutlich mehr und besser unterstützt werden müssen.

In diesem Sinne werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, Brandenburg zukunftsfest zu machen. Aber eben nicht mit der Brechstange, sondern mit offenen Augen und Ohren für die Probleme im Land.«

Ich möchte an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, dass wir uns als Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming in der Diskussion zur Kommunalreform nie pauschal gegen die Reform ausgesprochen, den Reformbedarf im Land immer anerkannt haben.

Wir haben uns in der Debatte aber u.a. gegen eine Zwangsfusion unseres Landkreises ausgesprochen und ebenso stets betont, dass vor dem Ziehen neuer Landkreisgrenzen über die Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen Klarheit herrschen sollte. »Die Form folgt der Funktion«, war und bleibt unsere Prämisse.

**Felix Thier**, stellv. Fraktionsvorsitzender

# KREISUMLAGE FÜR 2017 RÜCKWIRKEND 21,3 PROZENT

Sie lesen richtig. Es ist auch nicht der 11.11. oder der 1. April. Auch fallen nicht Ostern und Weihnachten auf einen Tag. Eine Fraktion der Kreistages kommt, ausgehend von einer Zwischenbilanz der Kreisverwaltung, zu dieser Erkenntnis. Wenn der Kreis 70 Millionen Euro zum Jahresende einspart, könnte er doch locker 50 Millionen Euro an die Kommunen zurückzahlen. Damit wären wir bei dem oben genannten Wert. Zu schön, um wahr zu sein. Alle Kreistagsmitglieder, der überwiegende Teil von ihnen ist ja auch Mandatsträger in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises, wären bestimmt sofort damit einverstanden – gäbe dies doch einen großen positiven Ruck in den Städten und Gemeinden. Die Sachlage

stellt sich aber anders dar. Die Kreisverwaltung rechnet in 2017 mit einem Überschuss. Jedoch nicht in dieser Höhe. Träfe diese Einsparung zu, wären das fast 35 Prozent des Kreishaushaltes.

Vielleicht erinnern wir uns noch. Von 2003 bis 2016 befand sich der Kreis noch in der so genannten Haushaltssicherung. Dies bedeutet nicht weniger, als dass der Kreis seine pflichtigen Aufgaben finanziell nicht absichern kann. Es bedarf dafür Kassenkredite. Und dieser belief sich zum Beispiel 2012 auf 43 Millionen Euro.

Wenn wir über die Kreisumlage reden, so müssen wir auch einige Grundsätze sehen. Sie basiert auf einer sogenannten Umlagegrundlage, die jährlich entsprechend Steuerschätzungen und Einnahmen der

Städte und Gemeinden errechnet wird und dann mit einem Hebesatz multipliziert wird. So hatten wir 2012 eine Umlagegrundlage von 165,37 Millionen Euro und 2016 eine Umlagegrundlage von 204,79 Millionen Euro. Bei gleichbleibendem Hebesatz von 47 Prozent stieg die Kreisumlage von 77,2 Millionen Euro auf 94,21 Millionen Euro. Dabei erhöhten sich die Umrechnungsgrundlagen um 39,42 Millionen Euro und die Kreisumlage um 17,01 Millionen Euro. Den Kommunen verblieben somit 22,41 Millionen Euro mehr für ihre Arbeit.

Natürlich ist die relativ hohe Kreisumlage in den letzten Jahren ein Schwergewicht in der Reduzierung der Verbindlichkeiten des Kreises. Für den Kreis stehen eigentlich nur zwei Einnahmesäulen zur Verfüg-

ung. Die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage. Bei einem Haushaltsvolumen 2018 von 275 Millionen Euro sind dies mehr als 90 Prozent. Dabei stehen ein Prozent Kreisumlage für 2,047 Millionen Euro.

Die Senkung der Kreisumlage auf 45,5 Prozent bedeutet damit für die Kommunen eine Einsparung von ca. einer Million Euro.

Wie bereits gesagt, wünschen sich alle Abgeordnete eine schnellere Senkung der Kreisumlage – geschehen kann dies jedoch nur mit Augenmerk und der Sicherung der Leistungsfähigkeit des Kreises, um nicht wieder in den Schuldenstand wie bis 2012 zurückzufallen.

**Dirk Hohlfeld**, Am Mellensee, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

## HAUSHALTSPLAN 2018

### FINANZPLAN

Einzahlungen	<b>271.502.160 Euro</b>
Auszahlungen	<b>275.227.700 Euro</b>

## ERGEBNISHAUSHALT

Ordentliche Erträge	<b>275.551.690 Euro</b>
Ordentliche Aufwendungen	<b>276.305.020 Euro</b>
Außerordentliche Erträge	<b>220.000 Euro</b>
Außerordentliche Aufwendungen	<b>112.800 Euro</b>

## STELLENPLAN 2018

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 weist ein höheres Stellenvolumen im Vergleich zum Vorjahr aus. Im Rahmen der Stellenplanung 2018 wurden durch die Ämter zusätzliche Stellenmehrbedarfe von 51,60 Vollzeitstellen (VZE) angemeldet. Dieser Bedarf wurde nach folgenden Maßgaben geprüft:

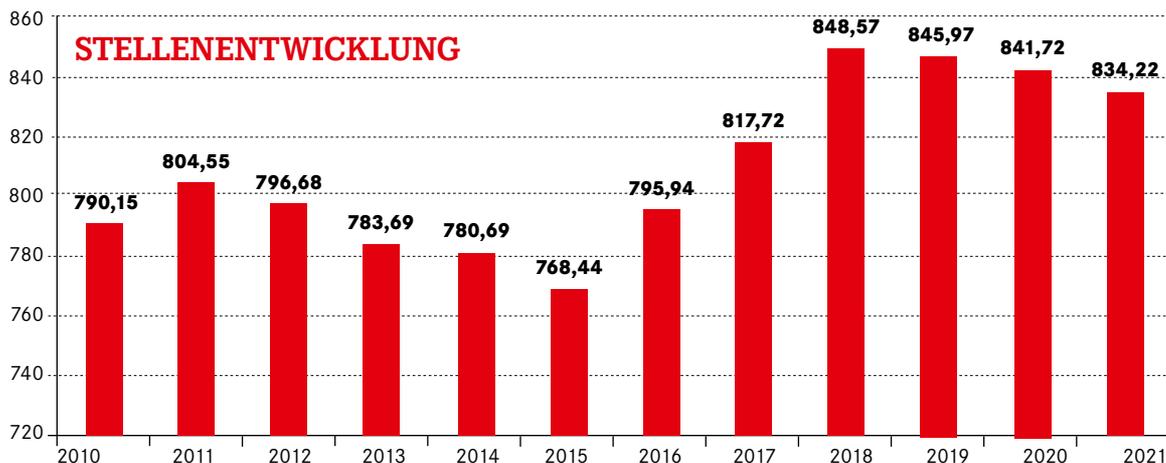
- Zuwachs an bundes- und landesrechtlichen Aufgaben,
  - Fallzahlensteigerung und
  - Organisationsuntersuchung/ Stellenbemessungsverfahren abgeschlossen.
- Von den 51,60 VZE wurden 36,10 VZE in den Stellenplan aufgenommen. Im Vergleich zum Stellenplan 2017 bedeutet das eine Steigerung von 30,85 VZE, die sich wie folgt zusammensetzt:
- 36,10 VZE Schaffung von neuen Stellen

- 1,00 VZE befristete Erhöhung Stellenüberhang
- 3,25 VZE Wegfall von befristeten Stellen
- 2,00 VZE Vollzug von kw-Stellen
- 1,00 VZE Verschiebung in den nachrichtlichen Teil

Die Stellenmehrungen betreffen den Bereich der Landrätin,

das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal, das Amt für Bildung und Kultur, das Hauptamt, die Kämmerei, das Rechtsamt, das Sozialamt, das Jugendamt, das Gesundheitsamt, das Ordnungsamt, das Straßenverkehrsamt, das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, die Untere Bauaufsichts- und Denk-

malschutzbehörde und das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung. Mit 9,00 VZE stellt der Bereich Eingliederungshilfe im Sozialamt den größten Zuwachs dar, durch neue bzw. veränderte Aufgaben aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen.



### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 6.12.2017  
 Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.800  
 Dezember 2018, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.